



Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 557

Mittwoch, 30. April 2014

21. Jahrgang

Drogenbanden und Kartelle in Zentralamerika - Teil II: Die strategische Umverteilung der Drogenrouten in Zentralamerika

Neue Territoriaufteilung

Regional betrachtet, kann man von einer Veränderung der Machtverhältnisse in Mexiko, Guatemala und dem restlichen Zentralamerika sprechen. In Mexiko suchte das Golfkartell die Allianz mit seinem Erzfeind, den Sinaloa. An der mexikanischen Atlantikküste übernahmen die Zetas die Kontrolle und drangen bis in den Süden nach Guatemala vor. Dort breiteten sie sich Richtung Zentrum und Pazifikküste aus. Damit begann die Macht der Sinaloa im Raum Mexiko-Guatemala zu bröckeln.

Die Lorenzana kollaborierten zuerst mit dem Kartell der Sinaloa beim Drogenschmuggel zwischen El Salvador und Mexiko an der Südküste Guatemalas. Dann kamen die Zetas ins Land, als „bewaffneter Arm“ des Golfkartells. Aber bald sollten sie sich „selbstständig“ machen und sich territorial rasch ausbreiten. Da sie auch ein Stück vom Kuchen wollten, forderten sie einen Teil des Gewinns von den Schmuggelrouten der anderen Banden ein. Das erklärt, warum sie nicht versuchten, die Mendoza (die im Norden, im Petén und in Izabal operieren) oder Lorenzana aus dem Weg zu räumen. Und es erklärt auch, warum sie fast nie Drogentransporte ausnahmen, sondern fast ausschliesslich Waffen- und Munitionsladungen.

Mitte 2010 kamen auch die Behörden zu der Schlussfolgerung, dass die Lorenzana, die Mendoza und die Zetas sich gegenseitig arbeiten liessen, ein kleiner Mafiafrieden. Der einzige, der die Zetas für die Beseitigung seiner Rivalen bezahlte, war Walter Overdick in Cobán. Was ein grosser Fehler war, denn einen Hund, der seinem Herrn in die Hand beisst, bittet man nicht um einen Gefallen. Die Geschichte lief ihm aus der Hand. Die Zetas sind eine Struktur, die mit Hilfe eines Ex-Verteidigungsministers ihre operative Struktur in Alta Verapaz aufbauten. Selbst der Ausnahmezustand, der im Dezember 2010 in dem Department ausgerufen wurde, um die Regierbarkeit, die durch die vielen Gewalttaten und kriminellen Akte der Zetas beeinträchtigt worden war, zurückzuerlangen, hat ihnen nicht geschadet. Sie verhalten sich jetzt nur etwas zurückhaltender.

Auslieferung von Drogenbossen - eine sichere und funktionierende Methode?

Das US-State Department ist von seiner Strategie der Drogenbekämpfung durch Auslieferungsanträge überzeugt. Sie wollen damit bezwecken, dass sich in den einzelnen Ländern die Zahl der Verhaftungen von Drogenschmugglern häuft. Im Fall Kolumbien soll es zumindest etwas bewirkt haben. Das heisst aber nicht, dass der Drogenhandel eingestellt wurde. Lediglich die Präsenz der grossen Kartelle wurde geschmälert. Die Produktion aber geht weiter. Dem muss ja so sein, denn wenn nicht, woher stammen dann die geschätzten 300 Tonnen Kokain, die jährlich Guatemala durchqueren? Auch ist es schwierig vorher zu sehen, was die Folgen vom Niedergang der Lorenzana sind. In den 80er Jahren in Kolumbien führte

Inhaltsverzeichnis

Drogenbanden und Kartelle in Zentralamerika - Teil II: Die strategische Umverteilung der Drogenrouten in Zentralamerika....	1
Abgang und Zuwachs bei LIDER.....	3
Beschuldigter im Skandal umgeleiteter Kongressgelder aus den USA abgeschoben.....	3
Der Klimawandel und seine Folgen für Guatemala.....	4
Letzte Meldung zur Leitung der Generalstaatsanwaltschaft: Paz y Paz ist nicht nominiert!.....	5
Hintergrund: Machtgruppen scharren sich um KandidatInnen	6

die Jagd auf Drogenbosse zu deren Flucht nach Panama, wo sie mit General Manuel Noriega kooperierten. Das erlaubte ihnen den Zugang zu mittelamerikanischen Schmuggelrouten. Der Krieg von Alberto Fujimori in den 1990er Jahren gegen den Drogenhandel in Peru führte dazu, dass die Kolumbianer ihre eigene Kokainpaste anzufertigen begannen. Ähnliche Prognosen sind für Guatemala, für den Fall des Niedergangs der Lorenzana oder anderer guatemalteckischer Oberhäupter und ohne dass mexikanische Kartelle betroffen wären, möglich.

Offensichtlich verschwinden die Kartelle nicht einfach, sie mutieren vielmehr und kommen in anderer Form wieder. Wie es auch in Mexiko und Guatemala geschah. Die Zetas, Sinaloa, das Golfkartell, etc. flohen vor einer aggressiven Politik aus Mexiko, was aber letztendlich lediglich zu einer Verlagerung des Markts des Kokainschmuggels führte. Nun kommen die 90% des in den USA verkauften Kokains aus Zentralamerika ins Land.

Neue Handelsrouten und Konfliktgebiete

Seit 2006, so steht es im Bericht des UN-Büro für Drogen- und Kriminalitätsbekämpfung (UNODC) in Wien (*Delincuencia organizada transnacional en Centroamérica y el Caribe*, 2012), verfolgte die mexikanische Regierung ihre neue Strategie der nationalen Sicherheit. Das erschwerte die direkte Einfuhr von Drogen in Mexiko und verschob die „Handelsrouten“. Die Mehrheit der Drogen wird jetzt nach Guatemala gebracht und von dort auf dem Landweg nach Mexiko. Damit ist das guatemalteckische Territorium zum Konfliktort der mexikanischen Banden, vor allem des Golf-Kartells und der Zeta und der mit ihnen in Verbindung stehenden lokalen Gruppen geworden. Und damit auch ihrer Machtkämpfe.

Auch Belize ist Revier der Zetas geworden, während El Salvador durch das Pazifik-Kartell kontrolliert wird. Ebenso ist Honduras seit dem Staatsstreich 2009 verstärkt ein Umschlagplatz geworden. Schon seit 2006 wuchsen die Kokainflüsse nach und von Honduras und erhöhten sich noch seit 2009, so die Studie der UNODC. Schätzungen besagen, dass um die 10% der für die USA bestimmten Drogen über Honduras kommen. Das Geschäft in Belize ist weniger gross, entspricht aber immerhin noch fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts Belizes. Weiterhin existiert noch die Bande Los Perrones, die in El Salvador operieren und mit dem Golfkartell alliiert sind. Sie schmuggeln für diese Kokain von Honduras, Nicaragua und Costa Rica in die USA und stehen in Verbindung mit Panama.

Die Frontlinie des Handels wurde also nach Süden verschoben und Guatemala ist der Flaschenhals der Schmuggelrouten, über den 90% des Kokains, welches in den USA auf den Straßen landet, transportiert werden.

Die Lorenzana sind nur eine der von den Zetas genutzten lokalen Gruppen. Sie kontrollieren die Departements Petén, Huehuetenango, Quiché, Alta Verapaz und Zacapa, sowie die Grenze zu Honduras und die Pazifikdepartements Chiquimula, Jutiapa, Jalapa und Santa Rosa. Das Kartell des Pazifiks wiederum agiert in San Marcos und arbeitet mit den lokalen Mendoza. Der Kampf um die Grenzposten zu Honduras und El Salvador sorgte dafür, dass in den angrenzenden Ländern die höchsten Mordraten der Welt zu finden sind.

Soziale Bedingungen für die Entwicklung des Drogenschmuggels und Auswirkungen

Grundvoraussetzung für die Drogenrouten ist vor allem das Eigentum von Land. Und genau das verleitet viele grosse und kleine Landbesitzer(Innen) dazu, beim Drogenhandel mitzumischen: Lagerung, Landepisten, Ausbildung von bewaffneten Gruppen. Oft bringt das Leuchten in der Nacht für ankommende Flugzeuge mehr Geld ein, als ein Monat Feldarbeit. Die Gewalt in Zentralamerika steht allerdings nicht im direkten Zusammenhang mit dem Kokain selbst. Vielmehr ist es eine indirekte Verbindung, eine Art Kollateralschaden, denn es sind die Machtkämpfe zwischen den kriminellen Gruppen und mit dem Staat, die letztendlich die Gewalt herauf beschwören.

Jeder Wandel im Status Quo der Banden, selbst wenn es sich um eine legitime Aktion des Staates handelt, kann eine neue Gewaltwelle hervorrufen. Um die Situation in Guatemala effektiv zu ändern, muss man in die Rechnung auch diese Kollateralschäden mit einbeziehen. Dazu zählt eben, dass man die Gewalt auf kurze Zeit erheblich erhöht, wenn Drogenbosse festgenommen werden. So geschah es in Mexiko und auch in Zentralamerika.

Weiterführende Überlegungen

Seit 2009 führt Mexiko aktiv eine Art Krieg gegen den Drogenhandel und die Kartelle, was eine Verlagerung des Drogenhandels nach Guatemala und Mittelamerika zur Folge hatte. Allerdings ist dabei nicht zu vergessen, dass ein Teil des Geldes und auch die Initiative selbst auf die US-Regierung zurückzuführen sind. Die sogenannte Merida-Initiative vom Juli 2008 beschloss, Mexiko 400 Millionen Dollar für den Kampf gegen den Drogenhandel zu geben. Eine Summe, mit der man etwas anfangen kann. Den restlichen zentralamerikanischen Ländern wurden 65 Millionen Dollar überwiesen, also beträchtlich weniger. Dies hatte natürlich Auswirkungen auf die strukturelle Möglichkeit, das organisierte Verbrechen zu bekämpfen. Darüber hinaus erlaubte es den zentralamerikanischen Regierungen wohl kaum, den nach Süden ausweichenden Banden Einhalt zu gebieten. Für den Anstieg der Gewalt mit der Ausbreitung des Drogenhandels tragen

also die politischen Entscheidungen der geografisch nördlich gelegenen Staaten eine entscheidende Mitverantwortung. Einen weiteren Teil der Verantwortung tragen, wie alle nicht produzierenden aber konsumierenden Länder (und dabei können auch wir EuropäerInnen uns buchstäblich an die eigene Nase fassen), die VerbraucherInnen in den USA. Denn irgendwer muss ja die 300 Tonnen Kokain kaufen und konsumieren. Bestimmt das Angebot die Nachfrage oder deckt es die Nachfrage? Was wären die wirtschaftlichen und sozialen Folgen für die produzierenden Länder, wenn die VerbraucherInnen sich gegen den Gebrauch von Drogen entscheiden würden? Wie kann man die KonsumentInnen dazu bewegen, nicht mehr zu konsumieren? Mehr Abschreckung durch Geld- oder Gefängnisstrafen? Warum konsumiert denn jemand Drogen, muss man sich fragen. Würden bessere soziale Bedingungen für alle US-BürgerInnen etwas ändern? Oder die Legalisierung des Kokains oder anderer Drogen, wie es Präsident Pérez Molina ein paar Mal zur Sprache brachte? Eine weitreichende Debatte, die hier nicht beantwortet werden kann, aber deutlich macht, dass der Machtkampf von Kartellen und die Gewalt in Guatemala, unter der die Bevölkerung leidet, in einem grösseren, internationalen Zusammenhang steht, als oft dargestellt wird.

Abgang und Zuwachs bei LIDER

Guatemala-Stadt, 28.04. - Bei der grössten Oppositionspartei LIDER hat es in der letzten Woche Zu- und Abgänge gegeben.

Abgang eines Sportlers

Ziemlich überraschend hat der in Guatemala bekannte Fussballer Carlos „El Pescado“ Ruiz seinen Rückzug aus der Partei LIDER erklärt. Neben der Konzentration auf den Sport führte er an, er ziehe sich aus der Politik zurück, um sein gutes Image zu bewahren. Er werde aber weiterhin alles für sein Land tun, aber jetzt eben ausschliesslich auf dem Sportplatz. Parteichef Manuel Baldizón erklärte den Rückzug von Ruiz mit „dem Vertrag, den er mit seinem Club habe und dieser ihn dazu gebracht habe, in den letzten Tagen zu konvertieren. Es gebe eben Einschränkungen in seinem Vertrag.“

Fraktions-Hopping

Die Fraktion von LIDER erhielt zwei Zugänge: Juan Manuel Giordano Grajeda kommt von der Partei TODOS, Marco Aurelio Pineda Castellanos aus der PP. Baldizón kommentierte, dass diese sehr hilfreich sein würden, insbesondere in der Jugendpolitik. Beide gehören zu den jüngsten Abgeordneten im Parlament. Die politische Analystin, Carmen Ortiz, kommentierte, die Fraktionswechsel von Abgeordneten seien nicht neu. Es gehe lediglich darum, sich neu zu positionieren und sich einen Platz zu sichern, der eine Wiederwahl wahrscheinlicher mache. Das Neue an diesen beiden Fällen sei, dass dieser Prozess schon sehr viel früher stattfände als bisher. „Wir leben in einer Zeit, in der die vorgezogene Kampagne üblich geworden ist“, sagte sie.

Abgang mit Getöse und allgemeinen Korruptionsvorwürfen

Schliesslich hat in der letzten Woche der LIDER-Kongressabgeordnete, Édgar Ajcíp, mit lautem Getöse und Korruptionsvorwürfen gegen all seine KollegInnen die LIDER-Fraktion verlassen. Im selben Zug wandte er sich an die amtierende Generalstaatsanwältin, Claudia Paz y Paz, damit sie die Korruption im Kongress untersuche. Sobald sie konkretes Material erhalte, werde sie das tun, sagte die oberste Staatsanwältin. Die Abgeordneten und auch der Präsident der Republik forderten von Ajcíp Beweise für seine Vorwürfe.

Wer aber ist Édgar Ajcíp? Die Kolumnistin der Zeitung La Republica, Silvia Gereda, erinnert daran, dass sie bereits 2011 über diesen Mann wegen Korruptionsvorwürfen gegen ihn geschrieben habe, in Zeiten, in denen er Bürgermeister war (2003) oder auch als Mitarbeiter der FONAPAZ. Er war auch rechte Hand des Bruders von Manuel Baldizón und anderer im Zusammenhang mit undurchsichtigen öffentlichen Ausschreibungen im Petén über NGOs (im ¡Fijáte! 492 berichteten wir darüber). (PL, La República)

Beschuldigter im Skandal umgeleiteter Kongressgelder aus den USA abgeschoben

Guatemala-Stadt 28.04. - Byron Rodolfo Sánchez Corzo, der ehemalige Privatsekretär von Eduardo Meyer, welcher wegen Veruntreuung von 82,8 Millionen Quetzales (ca. 8,4 Mio. €) des guatemalteckischen Kongresses verurteilt ist, wurde am Dienstag morgen (29.04.) von den USA nach Guatemala ausgeflogen. Sánchez Corzo war am 24. Juli 2012 in den USA wegen illegaler Einreise verhaftet worden und wurde nun abgeschoben.

Laut der Abteilung zur Korruptionsbekämpfung der Staatsanwaltschaft hätten die Ermittlungen ergeben, dass Sánchez Corzo jene Person gewesen sei, die die Übergabe des Millionenbetrags anno 2008 organisiert und den Kontakt aufgenommen hatte zu dem Wertpapier-Unternehmen Mercados de Futuro (MDF), bei dem die öffentlichen Gelder landeten.

Aufgrund dieser Geschehnisse war der ehemalige Präsident des Kongresses, Eduardo Meyer, zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren verurteilt worden, der ehemalige Geschäftsführer der Wertpapier-Firma MDF, Raúl Girón, erhielt gar 24 Jahre Haft. Das Ermittlungsverfahren gegen den damaligen Finanzdirektor des Kongresses, José Conde, konnte noch nicht abgeschlossen werden, da er flüchtig ist.

82,8 Millionen Quetzales veruntreut

Der damalige Kongresspräsident Eduardo Meyer informierte am 5. Juni 2008, dass Kongressmittel in Höhe von 82,8 Millionen Quetzales an die Wertpapiermakler MDF umgeleitet wurde, vermutlich ohne seine Autorisierung. José Conde, damaliger Finanzchef, übernahm die Verantwortung. Am Tag zuvor hatten Abgeordnete der Patriotischen Partei (damals Opposition) ein Untersuchungsverfahren gegen Meyer aufgrund von sieben Strafdelikten gefordert, darunter Unterschlagung öffentlicher Gelder, Betrug und Strafreitelung. Die Staatsanwaltschaft nahm ihre Ermittlungen auf. Am 6. Juli ordnete ein Richter die Verhaftung von Byron Sánchez und José Conde an. Der Erstgenannte hatte jedoch bereits drei Tage zuvor das Land verlassen und Conde tauchte nicht wieder auf. Ebenfalls drei Tage zuvor hatte Eduardo Meyer den Kongress um eine zweimonatige Auszeit von seinem Amt gebeten mit dem Ziel, seine rechtliche Situation zu klären. Er versicherte, dass die Umleitung des Geldes hinter seinem Rücken geschehen sei. Seine Besitztümer und Bankkonten wurden beschlagnahmt. Als man im Kongress am 31. Juli 2008 die Rückgabe der vielen Millionen Quetzales erwartete, versicherte Raúl Girón, Vertreter der MDF, dass er das Geld nicht habe. Am folgenden Tag wurde ein Haftbefehl gegen ihn erlassen, aber erst am 22. August vollstreckt. Bis dahin war er der einzige, der wegen des Millionenbetrugs verhaftet wurde. Am 27. Oktober 2008 wurden bei Hausdurchsuchungen bei Meyer 18 Schecks über mehr als 2 Millionen Quetzales beschlagnahmt sowie eine Investitionsbescheinigung der MDF. (PL)

Der Klimawandel und seine Folgen für Guatemala

Guatemala-Stadt, 27.04. - Der weltweite Klimawandel verursacht auch große soziale Probleme in Guatemala. Er wird womöglich die Armut, in der eine Mehrheit der Guatemalteken bereits jetzt lebt, verschlimmern, wenn der Staat nicht endlich einschreitet.

Rückblick: 7. Oktober 2011

Der Tropensturm 12E formiert sich am Pazifischen Ozean und fegt mit 55 Stundenkilometer über das Land und richtet Schäden an Häusern und Verkehrswegen an. Er wird begleitet durch heftige Regenfälle, die die Flüsse ansteigen lassen und gerade arme Familien gefährden. Der Sturm hat 81 von 338 Kreisen getroffen und mindestens 23 Menschen starben, mehr als 30.000 erlitten materielle Schäden. Ähnliches ist in den vergangenen 15 Jahren immer häufiger passiert, was ExpertInnen dem Klimawandel zuschreiben, der sich in Trockenheiten oder aber Überschwemmungen äußern und damit nicht nur das Leben und die Gesundheit der Menschen gefährden, sondern auch die Nahrungsmittelversorgung. Laut dem Jahresbericht 2012 des Umweltministeriums (MARN) treten diese Naturphänomene vermehrt auf, womit Guatemala zu den zwei gefährdetsten armen Ländern der Welt gehört.

Eddy Sanchez vom Institut für Erdbeben, Vulkanologie, Meteorologie und Hydrologie: „Es trifft meist die Armen“

Guatemala sei besonders verwundbar, weil es von beiden Ozeanen verschiedene Klimaarten erhalte. Die Topographie des Landes sei so beschaffen, dass von beiden Ozeanen her klimatische Instabilitäten einwirken könnten. Es treffe immer erst die Armen, weil sie in risikoreicheren Gebieten leben oder weil ihre Behausungen nicht stabil sind.

Die Risikozonen befänden sich in verschiedenen Teilen des Landes. Guatemala benötige Planung und territoriale Ordnungen, um dem Klimawandel zu begegnen. Bisher habe der Staat nicht die Fähigkeit, um Massnahmen zur Milderung der Folgen des Klimawandels zu verwirklichen. Das treffe insbesondere auf die Kreisebene zu.

David de León, Sprecher des Katastrophenschutzes CONRED

Guatemala habe auf verschiedenen internationalen Foren zum Klimawandel als eines der ersten Länder über deren Herausforderungen der zunehmenden extremen Wetterbedingungen detailliert berichtet. Auch er hält jene, die in prekären Verhältnissen leben, für diejenigen, die am meisten betroffen sind und sein werden, und vermisst Massnahmen, um ihnen sichere Zufluchtsorte zu verschaffen. Allein im Department Guatemala gebe es mehr als 230 Siedlungen, die als besonders risikoreich angesehen werden müssen. Laut dem Umweltbericht des MARN leben 51 % der Guatemalteken in Armut, 15 % in extremer Armut. Die Mehrzahl von ihnen sind Frauen und Indigenas. Die Klimaveränderungen werden das Niveau der menschlichen Entwicklung senken, wird Auswirkungen haben auf die Nahrungsmittelversorgung, die Gesundheit, die Waldbestände und Ökosysteme sowie Wasserressourcen.

Yuri Mellini vom Zentrum für rechtliche Umwelt- und Sozialaktion (CALAS)

Das Problem am Klimawandel sei, dass das Gleichgewicht zwischen Kälte und Wärme durcheinander gerate, die zu Krankheiten führen könnten. Ein weiteres Problem für die Bevölkerung werde der Regen sein, der entweder ausbleibe und Zeiten der Trockenheit auslöse, oder aber in solchen Mengen falle, dass Überschwemmungen die Folge seien. Dies gefährde die Sicherheit der Nahrungsmittelproduktion. Zunehmende Stürme führten zu Zerstörungen der Infrastruktur.

Vinicio Montero, stellvertretender Umweltminister

Der Vizeminister spricht von dem schleichenden Prozess des Klimawandels. Die Temperatur stiege über Jahre an, aber man bemerke es eigentlich gar nicht richtig. Erst wenn eben die extremen Wetterbedingungen vermehrt aufträten, komme einem in den Sinn, dass sie Folge des Klimawandels sind. Dabei seien diese nicht nur bei den extremen Ereignissen wie Agatha oder Mitch sichtbar. Seit 1998 hat Guatemala 27 Milliarden Quetzales (ca. 2,7 Milliarden €) durch Naturkatastrophen verloren, 40 % des Haushaltsplans seien das; und „wenn nichts dagegen getan wird, um die Anfälligkeit zu reduzieren, und die Staaten, die die großen Emissores der Treibhausgase sind, sich nicht verantwortlich zeigen für die entstandenen Schäden, die die kleineren Staaten dadurch erleiden, dann werden diese Ausgaben unser ökonomisches Wachstum sehr beschneiden.“ Das Umweltministerium werde eine Politik betreiben, die die Wichtigkeit präventiver Massnahmen herausstreicht, ein spezielles Gesetz erarbeiten mit Durchführungsbestimmungen, damit alle Institutionen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene Systeme des Risikomanagements einführen, um die Gefährdungen zu verringern. (EP)

Letzte Meldung zur Leitung der Generalstaatsanwaltschaft: Paz y Paz ist nicht nominiert!

Guatemala-Stadt, 30. April - Kurz vor Redaktionsschluss wurde am 30. April bekannt, dass Claudia Paz y Paz nicht nominiert wurde, sondern Thelma Aldana, Maria Argueta, Edgar Lemus Orellana, Ronny Lopez, Eunice Mendizábal und Julio Rivera Claveria. Alle diese Namen (außer Maria Argueta) werden im folgenden Hintergrundsartikel den Machtgruppen zugeordnet – und es sind eher die KandidatInnen der Militärs, der Unternehmer und Regierung(sparteien), die offenbar das Rennen gemacht haben.

Die Nominierung der KandidatInnen für die Leitung der Generalstaatsanwaltschaft (MP) wurde gestern abgeschlossen. Dabei wurde entschieden, die amtierende Leiterin von MP, Claudia Paz y Paz Bailey nicht in die Liste der sechs Nominierten aufzunehmen – und das obwohl sie die zweitbeste Beurteilung in Bezug auf die Professionalität und Qualifikation erhalten hatte. Paz y Paz erhielt nur vier Stimmen, die des Dekans der USAC, Avidán Ortiz, die des Präsidenten der Berufungskommission und des Obersten Gerichtshofes (CSJ), José Arturo Sierra, die des Dekans der Rechtswissenschaften der Universität Da Vinci, Alfredo Cabrera, und die des Vertreters der Universität Rafael Landívar, Rolando Escobar. Mitglieder der Zivilgesellschaft sprachen davon, dass hier verschiedene Machtgruppen auf die Kommissionsmitglieder Einfluss genommen hätten, um den Präsidenten Otto Pérez Molina nicht vor die heikle Entscheidung zu stellen, über Paz y Paz entscheiden zu müssen.

Zuvor hatte die Berufungskommission die Petition der Vereinigung für die Menschenrechte abgewiesen, die mit Hilfe von 6.780 Unterschriften um eine Nominierung von Paz y Paz bat, da das Gesetz über Berufungskommissionen für diese Petition keine Rechtsgrundlage sei. Das sagte Sierra zur Überraschung der Mitglieder der Zivilgesellschaft, die den Besuchersaal des Obersten Gerichtshofes belagerten. So wurden die folgenden KandidatInnen nominiert: Thelma Aldana, María Consuelo Porras Argueta (sie war neben ihrer Richterinnentätigkeit vor allem im Bildungsministerium tätig), Edgar Lemus Orellana, Ronny López, Eunice Mendizábal und Julio César Rivera Claveria. Letzterer wurde erst im zweiten Wahlgang gewählt.

Improvisierter Wahlgang

Eine abschliessende Liste der Nominierten zu haben, war nach der Agenda der Berufungskommission für diesen Tag eigentlich noch nicht vorgesehen. Es sollte noch die drei letzten KandidatInnen nach Qualifikationspunkten beurteilt werden: Jaime Fernando Osorio (28 Punkte), Acisclo Valladares (46 Punkte) und Ingrid Liseth Soto (48 Punkte). Als allerdings der Punkt „Verschiedenes“ aufgerufen wurde, wurde der Antrag des Kommissionsvorsitzenden Sierra, den Nominierungsvorgang abzuschliessen, angenommen. Nach einer kurzen Pause wurde vereinbart, dass Nominierte mindestens 36 Punkte erreicht haben müssten. Damit waren 12 KandidatInnen aus dem Rennen, darunter Anabella de León (ex-Politikerin), Leopoldo Liu und Jorge Luis Donado Vivar (ein dem Militär nahe stehender Kandidat, s.u.).

Die Wahl

Mit dem Verfassungsgerichtsurteil vom 24. August 2010 wurde beschlossen, dass die Frage der Ehrbarkeit nicht mitbe-

wertet werden könne. Die 13 Kommissionsmitglieder stimmten über ethische Aspekte der KandidatInnen ab. Alle verbliebenen 14 KandidatInnen wurden als ehrbar qualifiziert.

Laut Prensa Libre war die Reihenfolge nach Punkten wie folgt:

- Thelma Aldana Hernández, 71
- Claudia Paz y Paz, 69
- María Porras Argueta, 62
- Édgar Lemus Orellana, 50
- Ingrid Soto, 48
- Rony López 47
- Acisclo Valladares, 46
- Julio Rivera Clavería, 46
- Luis Arturo Archila, 41
- Aura Marina López, 40
- Óscar Rolando Contreras, 39
- William Méndez, 39
- Eunice Mendizábal, 38
- Marco Antonio Villeda, 36

Schliesslich wurde eine Wahl in der Reihenfolge der erreichten Punktezahl durchgeführt. Zwei Runden waren nötig, in der ersten erhielten nur fünf die mindestens notwendigen neun Stimmen. Nach einer halben Stunde verliess die Kommission zufrieden den Saal. Die Liste wurde sofort an Präsident Pérez Molina weitergereicht, der dann die Aufgabe hat, den oder die LeiterIn der MP zu benennen und am 18. Mai zu vereidigen.

Reaktion aus der Zivilgesellschaft

Viele bekannte AktivistInnen und PolitikwissenschaftlerInnen äusserten sich bestürzt darüber, dass Claudia Paz y Paz nicht in die Abschlussliste aufgenommen wurde. Ex-Präsident Álvaro Colom, der sie in das Amt gebracht hatte, sprach gar von Manipulation. Der Politologe Renzo Rosal sprach davon, dass jene, die der Regierung nahe stehen, den Vorzug erhalten hätten, und der Sprecher der CICIG wie auch einige andere) monierten, dass die Punktzahl offenbar keine entscheidende Rolle bei der Wahlentscheidung gespielt habe. Das müsse die Kommission der Öffentlichkeit erklären.

Morddrohungen

Der Kommissionsvorsitzende gab unterdessen bekannt, dass es gegen ein Kommissionsmitglied Todesdrohungen gegeben habe, und zwar gegen den Dekan der Universität Francisco Marroquín, Milton Argueta (Ehemann der Kandidatin Maria Argueta). Dieser zog sich jedoch nicht – wie die ihn Bedrohenden es forderten – aus der Kommission zurück.

Der Fall zeigt jedoch zugleich, dass diese enge Verwandtschaft nicht a priori als Befangenheitsgrund angesehen wurde. (EP, PL)

Hintergrund: Machtgruppen scharfen sich um KandidatInnen

Kürzlich erst fanden wir einen Artikel in El Periódico, in dem anhand einiger Beispiele benannt wird, welche KandidatInnen von welcher Machtgruppe unterstützt werden. Nachdem nun sechs Personen nominiert wurden, dienen die folgenden Informationen als Hintergrund und zur Einschätzung der Personen, die nun gewählt worden sind.

Die Kommissionsmitglieder streiten jede Einmischung durch die Exekutive, den privaten Sektor, das Militär oder die Zivilgesellschaft ab. Zudem werden unabhängig davon, wen der Präsident zur Leitung der Generalstaatsanwaltschaft bestimmt, drei von den verbliebenen fünf nominierten KandidatInnen vom Kongress ausgewählt werden, um den Rat der MP zu bilden, welcher über die noch offenen Fälle von Disziplinarverfahren urteilt. Deshalb weisen die zivilen Organisationen darauf hin, dass die Machtgruppen nicht nur ihr Augenmerk legen und ihren Einfluss nehmen auf die SpitzenkandidatIn für die Leitung der Staatsanwaltschaft, sondern auf die KandidatInnenliste insgesamt.

Gruppe 1: Militär

Einrichtungen, wie das Institut für Vergleichende Studien in Strafrechtswissenschaften, halten das Militär für die Gruppe, die am offensichtlichsten Druck ausüben und die bisherige Staatsanwältin Claudia Paz y Paz diskreditieren, um deren Wiederwahl zu verhindern. Andere Organisationen weisen darauf hin, dass pensionierte Militärs wie Ricardo Bustamante, der technische Sekretär des Nationalen Rates für Sicherheit (CNS), hinter dem Kandidaten Jorge Luis Donado Vivar, seines Zeichens Assessor des Rates, stehe. Oder aber hinter dem ehemaligen stellvertretenden Innenminister, César Rivera Clavería. Sie hätten auch nichts gegen eine Nominierung anderer Kandidaten, wie etwa Edgar Lemus Orellana

oder Acisclo Valladares. Der Favorit der Hardliner im Militär, also jener, die sich durch die Untersuchungen und Prozesse wegen Menschenrechtsverletzungen angegangen sehen, ist Moisés Galindo, ehemals unter Ex-Präsident Alfonso Portillo im Verteidigungsministerium für den Haushalt zuständig und dessen Portillos Anwalt, als dieser wegen der Veruntreuung von 471 Millionen Quetzales von Militärkonten im Jahr 2001 angeklagt war.

Gruppe 2: Unternehmer

Auch die Unternehmensverbände wollen eine Wiederwahl von Claudia Paz y Paz verhindern. Aber diese sind nach Ansicht von Renzo Rosal, einem unabhängigen Politanalysten, in zwei Sektoren aufgespalten: Die „Moderaten“ konzentrieren sich auf die Stärkung der Justizorgane, die „Radikalen“ versuchen „die Staatsanwaltschaft im Sturm zu nehmen, um Strafverfahren gegen KommunistInnen, MenschenrechtsverteidigerInnen und GewerkschafterInnen zu eröffnen.“ Aus Forschungszentren ist zu hören, dass der Staatsanwalt Ronny López für diese Gruppe eine gute Option wäre, da er in Prozessen beteiligt war, von denen der private Sektor profitierte. Auch Acisclo Valladares habe die Unterstützung des mächtigen Unternehmervverbandes (CACIF). Helen Mack von der Stiftung Mirna Mack nennt als weitere „KandidatInnen der alten Schule“ William Méndez, (...) und Thelma Aldana. Diese wären Trumpfkarten dafür, dass „die Geschäfte der Unternehmen weitergeführt werden können und die Straffreiheit für Geldwäsche und Korruption weiter besteht.“

Gruppe 3: Exekutive

Laut Renzo Rosal versucht die Exekutive auf verschiedene Weise und Wege Einfluss zu nehmen, die sich aber letztlich in einem Punkt vereinen. Rosal erkennt drei Gruppen: der Präsident und seine Vizepräsidentin werden die Richterin Thelma Aldana unterstützen oder auch Marco Antonio Villeda, Richter für Eigentumsenteignungen; ihr Innenminister, Mauricio López Bonilla, favorisiert Eunice Mendizábal, seine Stellvertreterin im Ministerium. [*Mendizábal war laut Periódico für CICIG aktiv und insbesondere mit Ermittlungen gegen die Organisierte Kriminalität befasst. Die Red.*] Eine zweite Gruppe soll sich um Gustavo Herrera, den politischen Berater im Präsidentenamt, gebildet haben. Dieser habe sich mit drei RichterInnen getroffen, von denen eine Aldana sein soll. Aus Kreisen der Anwaltskammer ist zu vernehmen, dass Herrera mit Blanca Stalling verhandelt habe, der Leiterin des Instituts für öffentliche Strafverteidigung. Und schließlich habe der Präsident des Sozialversicherungsinstituts (IGSS), Juan de Dios Rodríguez, eine Namensliste von Assessoren aus seinem Hause, von denen einige eng mit der Regierungspartei und anderen Stellen im Justizbereich verhandelt seien.

Gruppe 4: Menschenrechtsorganisationen

Verschiedene ExpertInnen gehen davon aus, dass die aktuelle Generalstaatsanwältin, Claudia Paz y Paz, die Favoritin der Menschenrechtsorganisationen ist. So etwa hat die Vereinigung für Menschenrechte in der vergangenen Woche 6.780 Unterschriften für die Unterstützung von Paz y Paz gesammelt. Ähnliches gilt auch für internationale Justizorganisationen wie die Internationale Kommission der JuristInnen, das Hochkommissariat für Menschenrechte der Vereinten Nationen, die Iberoamerikanische Vereinigung der Staatsanwaltschaften oder die NGO Vital Voices. Helen Mack meint zu dieser personellen Präferenz, es gäbe auch andere KandidatInnen, die ihre Linie fahren würden, aber weniger politisiert seien und eher im technisch-kriminalistischen Bereich gearbeitet und sich dann beworben hätten. (EP)

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg

Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

Abo-Verwaltung: fijate@web.de

Solidarität mit Guatemala e.V., Jahresabonnement 50.-€

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF, Konto-Nr. PC: 30-516068-6